

Antrag der Fraktion DIE LINKE**Strukturelle Unterfinanzierung der öffentlichen Hochschulen beenden – Studienplätze und Fächervielfalt in Bremen sichern**

Die Grundfinanzierung von Universität und Hochschulen im Land ist unzulänglich. Die Haushalte von Universität und Hochschulen weisen wachsende Defizite auf, weil Kostensteigerungen bei Bewirtschaftung und Personal nicht ausgeglichen worden sind. Außerdem waren die Vorgaben aus dem letzten Hochschulgesamtplan (HGP V) nicht ausfinanziert und der vorgesehene Personalabbau arbeitsrechtlich nicht umsetzbar.

Die steigende Zahl von Studienanfängerinnen/Studienanfängern war über Jahre nicht von steigenden Grundmitteln gedeckt. Die Betreuungsrelation und die Qualität der Lehre haben sich in einigen Fachbereichen deshalb erheblich verschlechtert.

An der Hochschule Bremen und der Universität stehen wegen der mangelhaften Grundfinanzierung durch das Land aktuell weitere einschneidende Kürzungen an, die zwangsläufig die Qualität der Lehre und Forschung weiter verschlechtern werden und den Wissenschaftsstandort insgesamt gefährden.

Sollte die Grundfinanzierung im kommenden Doppelhaushalt nicht deutlich erhöht werden, drohen Schließungen von Studiengängen, Arbeitsplatzabbau und -verdichtung, noch schlechtere Betreuungsverhältnisse in der Lehre und ein sozial selektiverer Studienzugang. Die ausgesprochen hohe Drittmittelakquise der bremischen Hochschulen – mit all ihren nachteiligen Effekten – wird dann nicht mehr im heutigen Ausmaß realisierbar sein. An eine erneute Teilnahme bei der Exzellenzinitiative, von der die Lehre nach wie vor wenig bis gar nicht profitiert, wäre unter diesen Umständen nicht mehr zu denken.

Außerdem haben Studienplatzabbau und Fächerschließung negative sozialräumliche und regionalwirtschaftliche Folgen. Auch die Auswirkungen auf den außerhochschulischen Arbeitsmarkt wären massiv. In einem Offenen Brief wenden sich deshalb aktuell über 2 800 Unterzeichnende gegen die Kürzung an der Universität und verlangen eine ausreichende Grundfinanzierung durch das Land Bremen.

Im rot-grünen Koalitionsvertrag wird zu Recht festgestellt, dass sich jeder in die öffentlichen Hochschulen investierte Euro für Bremen und die hier lebenden Menschen vervielfacht. Im Wissenschaftsbereich arbeiten aktuell über 15 000 Menschen, und die indirekte Wertschöpfung macht einen Großteil der Wirtschaftskraft des Landes aus.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) setzt sich für eine signifikante Erhöhung der Grundfinanzierung öffentlicher Hochschulen ein, die mindestens
 - a) die aufgebauten strukturellen Defizite in den Hochschulhaushalten ausgeglichen um den drohenden Personalabbau abzuwenden,
 - b) absehbar steigende Bewirtschaftungskosten (z. B. steigende EEG-Umlage) und Tarifsteigerungen vollständig kompensiert und
 - c) die Qualität der Lehre verbessert, indem Planstellen auch tatsächlich ausgeschrieben und besetzt werden.

2. Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt die Schließung von Studiengängen und den Abbau von Studienplätzen ab und setzt sich für eine Finanzierung ein, die sich an den gestiegenen Anforderungen und Notwendigkeiten, insbesondere an der Zahl der Studierenden, orientiert.

Klaus-Rainer Rupp,
Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE